

Strahlentelex

mit ElektromogReport

Unabhängiger Informationsdienst zu Radioaktivität, Strahlung und Gesundheit

ISSN 0931-4288 www.strahlentelex.de • www.abstractnow.com Nr. 428-429 / 18. Jahrgang, 4. November 2004

Paradigmenwechsel:

Radon ist ein ernsthaftes Gesundheitsproblem und Lösungen gibt es, meinen Bundesamt für Strahlenschutz und Bundesumweltministerium. Nur die alten Herren der Strahlenschutzkommission fürchten die Kosten.

Seite 3

Plutoniumwirtschaft:

Die Bundesregierung hat die Berliner Beschleunigeranlage BESSY I nach Jordanien verschenkt. Professor Reinhard Brandt warnt erneut vor der Möglichkeit, damit waffenfähiges Plutonium zu erzeugen.

Seite 5

Strahlenschutz:

In Bundeswehr und NVA wurde lange Zeit leuchtartig radioaktive Leuchtfarbe verwendet, beklagen erkrankte ehemalige Soldaten. Das Verteidigungsministerium reagiert stereotyp und bestreitet einen Zusammenhang.

Seite 6

Atom Müll:

Per Verordnung will die Bundesregierung die wirtschaftliche Nutzung des Salzstocks Gorleben bis auf weiteres verbieten. Und bei CASTOR-Transporten soll ein großflächiges Versammlungsverbot gelten.

Seite 6+7

Kinderleukämien bei Geesthacht und in der Elbmarsch

Wissenschaftler erstellen Abschlußbericht und kehren der schleswig-holsteinischen Leukämiekommission den Rücken

Weiterhin erkranken Kinder bei den Geesthachter Atomanlagen dreimal häufiger an Leukämie. Der Vorsitzende und die Mehrheit der Mitglieder der Fachkommission zur Ursachenaufklärung der Leukämieerkrankungen bei Geesthacht und in der Elbmarsch legten ihr Amt aus Protest gegen die Verschleierungspolitik der schleswig-holsteinischen Aufsichtsbehörde nieder. In ihrem Abschlußbericht sehen sie den Verdacht auf unzulässige radioaktive Kontamination der Umgebung bestätigt, offenbar Verursacht von kerntechnischen Sonderexperimenten. Der Abschlußbericht ist vollständig unter www.strahlentelex.de/BerichtLK.PDF dokumentiert.

Aus Protest gegen die Verschleierungspolitik der schleswig-holsteinischen Aufsichtsbehörde haben jetzt der Vorsitzende und 5 weitere wissenschaftliche Mitglieder der

Kommission zur Ursachenaufklärung der Leukämieerkrankungen im Raum Geesthacht und in der Elbmarsch ihr Amt niedergelegt. Dies sind Professor Dr. Otmar

Wassermann als Vorsitzender und die Mitglieder Dr. Helga Dieckmann, Prof. Dr. Horst Kuni, Prof. Dr. Dr. h.c. Edmund Lengfelder, Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake und Prof. Dr. Roland Scholz. Seit langem könnten sie nicht erkennen, daß die Landesregierung Schleswig-Holstein eine Aufklärung wirklich wünscht, erklärte Wassermann am 1. November 2004 gegenüber der Presse in Berlin.

1992 war die ehrenamtlich arbeitende, insgesamt 8-köpfige Kommission auf Betreiben

des damaligen, auch für die Atomanlagen verantwortlichen schleswig-holsteinischen Sozialministers Günter Jansen eingesetzt worden, nachdem die weltweit auffälligste Häufung von Leukämieerkrankungen bei Nuklearanlagen in unmittelbarer Nähe der Kernforschungsanlage GKSS und des Atomkraftwerks Krümmel bei Geesthacht, öffentlich bekannt geworden war. Nach einem sprunghaften Anstieg im Jahre 1990 ist dort die Zahl der Leukämieerkrankungen bis heute 3-fach erhöht geblieben (siehe Abbildung).

In dem jetzt vorgelegten Abschlußbericht kommen Wassermann und KollegInnen zu dem Schluß, daß das vorher verdächtige Kernkraftwerk Krümmel (KKK) wegen einer Reihe ungeklärter Vorkommnisse und des lokalen Kleinklimas zwar nach wie vor als Mitverursacher der Leukämieerkrankungen in Frage kommt, die wesentliche leukämieerkrankungsrelevante Umgebungskontamination jedoch höchstwahrscheinlich von geheimgehaltenen (wohl militärisch re-

Strahlentelex, Th. Dersee, Waldstr. 49, 15566 Schöneiche b.Bln.
Postvertriebsstück, DPAG, „Entgelt bezahlt“ A 10161 E

levanten) kerntechnischen Sonderexperimenten verursacht wurde. In dieser Einschätzung stützen sich Wassermann und KollegInnen auf Untersuchungen durch Kommissionsmitglieder und verschiedene wissenschaftliche Arbeitsgruppen, in den letzten Jahren besonders auf die Erkenntnisse der Arbeitsgemeinschaft Physikalische Analytik und Meßtechnik (ARGE PhAM) in Weinheim. Diese besteht aus Prof. Dr. Reinhard Brandt, Marburg, Dipl.-Ing. Heinz Werner Gabriel, Weinheim, Dr. Dirk Schalch, Gießen, und Prof. Dr. Dr. h.c. Arthur Scharmann, Gießen.

Wassermann und KollegInnen sehen den Verdacht einer unzulässigen radioaktiven Kontamination der Umgebung bestätigt, die aus Spalt- und Aktivierungsprodukten, Transuranen (Plutonium und Americium) und weiteren Kernbrennstoffen (angereichertes Uran und Thoriumderivate) besteht. Diese Kernbrennstoffe werden von der ARGE PhAM mit aufgefundenen Mikrosphären in Zusammenhang gebracht, die sie besonderen kerntechnischen Experimenten zuordnet. Art und Aufbau der Mikrosphären zeigen demnach die Herkunft aus einer Hybridanlage, bei der Kernfusion und Kernspaltung vereint zur Energiefreisetzung benutzt werden sollten. Für September 1986 ließ sich zudem ein mit einem Brand verbundenes Unfallereignis auf einem Gelände zwischen der GKSS und dem Atomkraftwerk Krümmel aktenkundig nachweisen, das auch den zeitlichen Zusammenhang zum Anstieg der Leukämieerkrankungen herstellt.

Die jetzt zurückgetretenen Mitglieder der schleswig-holsteinischen Leukämiekommission bedauern, daß der jetzt erreichte Erkenntnisstand eine so lange Zeit benötigt hat, machen jedoch die erheblichen Widerstände dafür verantwortlich, die ihren Aufklärungsbemühungen durch Lan-

des- und Bundesbehörden entgegengesetzt worden seien. Insbesondere seien ihre Untersuchungen durch den Umstand erschwert worden, daß die schleswig-holsteinische Reaktoraufsicht – bis vor kurzem noch „Abteilung Reaktorsicherheit“ des Ministeriums für Finanzen und Energie (MFE) – zwar nicht nominell, jedoch de facto der behördliche Ansprechpartner der Kommission war. Diese habe jedwede Unregelmäßigkeit seitens der kerntechnischen Betriebe und damit jedwede Lückenhaftigkeit ihrer eigenen Aufsicht bestritten und zu allen genannten Ergebnissen Gegenbehauptungen konstruiert. Die selektive Berücksichtigung gutachterlicher Argumente gipfelte in einem besonderen Einsatz des langjährigen Referatsleiters der Abteilung Reaktorsicherheit des MFE, Dr. W. Wolter, in dessen Amtszeit die Errichtung des Kernkraftwerks Krümmel fiel sowie die anschließenden Betriebsjahre mit dem Anstieg der Leukämiefälle. Nach Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand sei er als Mitarbeiter eines Büros SAST aufgetreten und fertigte als angeblich unabhängiger Gutachter für das Ministerium Expertisen zur Widerlegung

von Kommissionsbefunden an, begutachtete somit seine eigene Behördentätigkeit.

Zudem habe der Kommission die einhellige Bereitschaft fast aller anderen Behörden und staatlichen Untersuchungsstellen entgegengestanden, die (größtenteils aberwitzigen) Positionen des MFE zu dulden oder zu unterstützen, ohne die Argumente angemessen zu diskutieren. Insbesondere sei es nicht möglich gewesen, die näheren Umstände des Brandes 1986 bei Geesthacht aufzuklären. Die stattdessen bis heute beharrlich von der Reaktoraufsicht vertretene Behauptung, die im September 1986 aufgetretene radioaktive Kontamination im Umfeld der Reaktoranlage sei durch einen Aufstau natürlichen Radons entstanden, könne nur als absurd bezeichnet werden.

Zum Brandereignis im September 1986 heißt es im Anhang des vorliegenden Abschlußberichtes: „Durch eigenen Augenschein wissen wir, dass es auf einem zwischen GKSS und KKK gelegenen Areal – das inzwischen eingezäunt ist – Brandspuren gibt (verkohlte Baumreste etc.). Auf einer früheren Luftaufnahme ist dort noch ein Gebäude erkennbar. Im Jahr

2001 haben wir versucht, bei der Kreisfeuerwehr Näheres über den Brand im September 1986 zu erfahren. Der Kreisfeuerwehrmeister Heitmann teilte telefonisch mit, dass sämtliche Unterlagen aus dem Zeitraum bei einem Brand im Büro der Feuerwehrzentrale vernichtet worden seien. Dieser Brand habe sich am 01.09.1991 ereignet. Wurden Dokumente der Feuerwehr über den Nuklearunfall im September 1986 durch Brandstiftung vernichtet? Weitere Informationen waren für uns nicht erhältlich.“

Unterstützt worden ist die Leukämiekommission in ihrer Arbeit dagegen durch Nicht-Regierungsinstitutionen. Die Internationale Ärztevereinigung zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) und die Bürgerinitiative gegen Leukämie in der Elbmarsch haben bezeichnenderweise die Mittel bereitgestellt, die zur Finanzierung der entscheidenden Messungen der letzten Jahre erforderlich waren, erklärte Wassermann. Nach Angabe des Deutschen Kinderkrebsregisters ist die Rate kindlicher Leukämiefälle in der 5 Kilometer-Umgebung des Kernkraftwerks Krümmel bis in die Gegenwart signifikant circa 3-fach erhöht geblieben. Betroffen waren seit 1995 ausschließlich Kinder unter 5 Jahren, weshalb die Erhebungen fortzusetzen und die Ursachen umgehend zu beseitigen sind, fordern Wassermann und Kolleginnen und Kollegen. Ihre Bemühungen zur weiteren Ursachenaufklärung für die weiterhin gehäuft auftretenden Leukämieerkrankungen wollen sie deshalb außerhalb der Kommission fortsetzen.

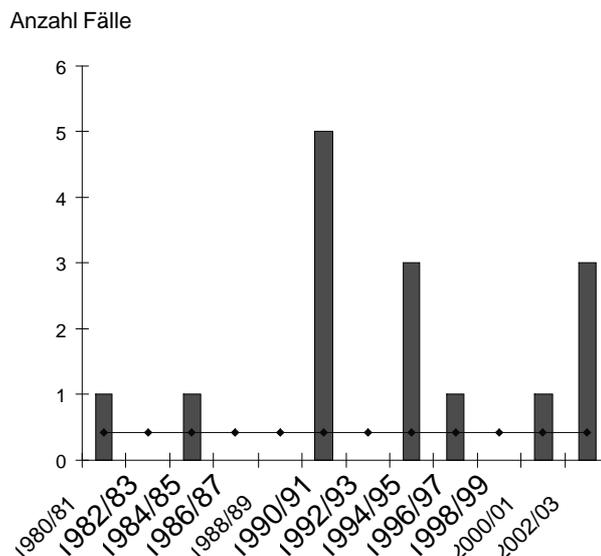


Abbildung: Zeitliche Entwicklung der kindlichen Leukämiefälle im 5 Kilometer-Umkreis des Kernkraftwerks Krümmel (Erkrankungen im Zweijahreszeitraum) durchgezogene Linie: Erwartungswert nach Kinderkrebsregister 0,42 Fälle je 2 Jahre

O. Wassermann, H. Dieckmann, H. Kuni, E. Lengfelder, I. Schmitz-Feuerhake, R. Scholz: Erkenntnisse der schleswig-holsteinischen Fachkommission Leukämie im Zeitraum 1993-2004 zur Ursache der in der Nahumgebung der Geesthachter Atomanlagen aufgetretenen Leukämiehäufung bei Kindern. Abschlussbericht des Vorsitzenden Univ.-Prof. (em.) Dr. Otm. Wassermann vom 15.09.2004. Mit Anhang, S. 1-12. ●